

Törichte Grüne und Aufsichtsbehörden bedrohen die Wiederbelebung der Kernenergie

geschrieben von Chris Frey | 30. April 2024

[Duggan Flanakin](#)

Trotz ihres [Engagements](#) für „kein Gas, Öl oder Kohle mehr“ hat Friends of the Earth eine Kampagne gegen einen der „grünsten“ Gouverneure der Nation, Gavin Newsom aus Kalifornien, gestartet. Ihr Ziel? Das US-Energieministerium soll davon abgehalten werden, 1 Milliarde Dollar für den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Diablo Canyon (dort gibt es kein Gas, Öl oder Kohle) über das geplante Datum der Stilllegung im Jahr 2025 hinaus bereitzustellen.

Newsom, dessen Politik zu den weltweit aggressivsten gegen mit Benzin und Diesel betriebene Fahrzeuge und Geräte gehört, [erklärte](#) letztes Jahr, dass „das Diablo Canyon-Kraftwerk wichtig ist, um die Energiezuverlässigkeit zu unterstützen, während wir die Fortschritte bei der Erreichung unserer Ziele für saubere Energie und den Klimaschutz beschleunigen.“ Diablo Canyon liefert heute fast ein Zehntel des kalifornischen Stromes.

Die treffend benannte FOE behauptet, dass „die Umweltauswirkungen einer Verlängerung der Lebensdauer dieses alternden Kraftwerks zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen berücksichtigt oder der Öffentlichkeit gegenüber offengelegt wurden.“ Auch andere Gruppen verbreiten Angst vor der Kernenergie. Doch das bei weitem größte Hindernis, das die Kernenergie-Befürworter überwinden müssen, liegt innerhalb der US-Bundesregierung.

Während die Kernenergie etwa 20 % des in den USA erzeugten Stromes ausmacht und bis 2023 fast die Hälfte des kohlenstofffreien Stromes der Nation liefert, muss die Nuclear Regulatory Commission laut einem neuen [Bericht](#) des Government Accountability Office mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf die meist alternden Kernkraftwerke der Nation stärker berücksichtigen.

Die Botschaft? Dem GAO-Bericht zufolge reichen die klimabedingten Gefahren für Kernkraftwerke von verschärften Dürreperioden, die die für die Kühlung der Reaktoren benötigten Wasservorräte austrocknen, bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels und Überschwemmungen durch Sturmfluten. Trotz ihrer behördlichen Stumpfheit sollte die NRC dem Bericht zufolge neben den historischen Daten, auf die sie sich stützt, auch „Daten“ aus künftigen Klimaprojektionen (Schreckensszenarien?) in Sicherheitsrisiko-Bewertungen einbeziehen. All dies verursacht Kosten.

Douglas McIntyre, der ehemalige Chefredakteur von 24/Wall St., [sagte](#) letzten Monat, dass trotz der offensichtlichen Notwendigkeit der Kernenergie „viele Amerikaner, vielleicht in Erinnerung an Three Mile Island, nicht wollen, dass die Kernenergie Teil der Lösung ist“. Und eine aktuelle Umfrage von Pew Research ergab, dass „Kritiker die hohen Kosten von Kernkraftwerksprojekten und die Komplexität des Umgangs mit radioaktiven Abfällen hervorheben.“

Im Gegensatz dazu hat das US-Energieministerium [argumentiert](#), dass die USA zusätzliche 550 bis 770 Gigawatt an sauberer, stabiler Kapazität benötigen, um netto null Kohlendioxidemissionen zu erreichen, und dass die Kernkraft eine der wenigen bewährten Optionen ist, die diesen Bedarf decken kann. Darüber hinaus schaffen Kernkraftwerke gut bezahlte Arbeitsplätze, die vor allem den von der Energiewende am stärksten betroffenen Gemeinden zugute kommen.

Diese gegensätzlichen Botschaften des DOE und der NRC werden in einem kürzlich erschienenen Artikel des Mitbegründers von ThorCon International, Robert Hargraves, hervorgehoben, der unverblümt feststellte, dass die USA keine kommerziellen Kernkraftwerke bauen – während 16 andere Nationen dies [tun](#) – „weil die NRC- und EPA-Regulierungsbehörden so falsch über Strahlung informiert sind.“

Die Überregulierung ist wahrscheinlich der [Grund](#) für das Scheitern des 462-Megawatt-Projekts mit sechs Reaktoren, das NuScale in Zusammenarbeit mit Utah Associated Municipal Power Systems im Rahmen der DOE-Initiative Carbon Free Power für kleine modulare Reaktoren geplant hatte. Mehrere Städte zogen sich zurück und ließen das Projekt scheitern, als der geschätzte Strompreis von 58 Dollar pro Megawattstunde (MWh) auf 89 Dollar/MWh stieg.

Fehlgeleitete Sicherheitsannahmen haben einen so komplexen Regulierungsdschungel geschaffen, dass das Startup Atomic Canyon KI anbietet, um Antragstellern bei der Navigation durch die 52 Millionen Dokumente umfassende Datenbank der NRC zu helfen. Hargraves warf den US-Kernenergiebehörden vor, dass sie keine Daten über die Auswirkungen der Kernenergiestrahlung auf die menschliche Gesundheit analysieren, sondern sich auf einen Gruppenkonsens stützen, der in den 1950er Jahren von Genetikern in die Irre geführt wurde, die nach Zuschüssen suchten.

Jahrzehntelang behaupteten diese Genetiker, die Strahlenschäden an den Chromosomen würden zunehmen. Doch als die Kinder der Überlebenden der Atombombenangriffe von Nagasaki und Hiroshima keine derartigen Auswirkungen zeigten, gingen die Anti-Atom-Wissenschaftler dazu über, die Auswirkungen auf Krebs zu behaupten. Und ein großer Fehler in ihrer Analyse ist es, der die Kosten der Kernenergie in die Höhe schnellen ließ.

Obwohl [Studien](#) an diesen Überlebenden keine erhöhte Krebsrate bei Personen ergaben, die weniger als 0,1 Gray (Joule absorbierte Energie

pro Kilogramm Gewebe) erhielten, setzten die Regulierungsbehörden die Grenzwerte für die öffentliche Strahlung um das Hundertfache niedriger an, wobei sie fälschlicherweise die kumulierte Dosis und nicht die Dosisleistung begrenzten. In der realen Welt würde eine maximale Tagesdosis von 0,02 Gray (anstelle der derzeitigen maximalen kumulativen Jahresdosis von 0,001 Gray) eine große Sicherheitsmarge bieten.

Danny Ervin, Professor für Finanzen an der Salisbury University, zerstreut die Befürchtungen der Atomkraftgegner mit den Worten: „Die nächste Welle der Kernkraft kann nicht früh genug kommen.“ Zu dieser „nächsten Welle“ gehören skalierbare Kernkraftreaktoren, vor allem die von Bill Gates ins Leben gerufene TerraPower-Initiative. Diese fortschrittliche Anlage wird in Verbindung mit einem Salzschnmelzen-Energiespeichersystem in der Lage sein, die Leistung in Spitzenzeiten für fast sechs Stunden zu erhöhen, und das bei voraussichtlichen Kosten von etwa 4 Milliarden Dollar.

Die Anlage wird von einem fortschrittlichen Natrium-Reaktor angetrieben, der mit flüssigem Natrium anstelle von Wasser gekühlt wird [womit eine Sorge der Kritiker ausgeräumt wird]. Mit einer Erzeugungskapazität bis zu 500 Megawatt wird es ausreichend Energie für etwa 400.000 Haushalte liefern.

Ebenso wichtig ist, dass der Standort des Kraftwerks, ein ehemaliges Kohlekraftwerk in Wyoming, eine einfache Integration in das bestehende Stromnetz ermöglicht und gleichzeitig die lokale Wirtschaft ankurbelt. Dies steht im Gegensatz zu Windturbinen und Solaranlagen, die oft weit entfernt von bestehenden Übertragungsleitungen stehen, eine riesige Grundfläche benötigen und intermittierend arbeiten, so dass eine Notstromversorgung erforderlich ist.

In England hat X-Energy in Zusammenarbeit mit der Babcock International-Tochter Cavendish [vorgeschlagen](#), eine Anlage mit 12 Reaktoren zu entwickeln, in welcher der gasgekühlte Hochtemperaturreaktor Xe-100 des Unternehmens zum Einsatz kommen soll. Die Anlage in Teesside, die Anfang der 2030er Jahre in Betrieb gehen soll, ist die erste einer Flotte von bis zu 40 dieser 80-MWe-Kraftwerke an Standorten im gesamten Vereinigten Königreich, wie die Unternehmen hoffen.

Mick Gornall, Geschäftsführer von Cavendish Nuclear, ist stolz darauf, dass „eine Flotte von Xe-100-Kraftwerken erneuerbare Energien ergänzen kann, indem sie konstante oder flexible Energie liefert, Dampf zur Dekarbonisierung der Industrie erzeugt und Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe für den Verkehr herstellt. Durch den Einsatz der Xe-100 würden außerdem landesweit Tausende hochwertige und langfristige Arbeitsplätze geschaffen.

Das uranreiche Nigeria glaubt, eine [Lösung](#) für das Problem der Entsorgung radioaktiver Abfälle gefunden zu haben, das die Kernkraftindustrie weltweit vor große Probleme stellt. Die Lösung beruht

auf dem NST SuperLAT, den der Mitbegründer von NuclearSAFE Technology, Dr. Jimmy Etti-Williams, als „einen Durchbruch in der Entsorgung von Kernkraft-Rückständen“ bezeichnet.

SuperLAT wird, so Etti-Williams, Kernkraftabfälle verarbeiten, verpacken, verladen, lagern und in Behältern bis zu mehreren tausend Metern unter der Erde einlagern, wobei sie je nach Bedarf als Brennstoff für Reaktoren zur Erzeugung von Energie mit geringem Kohlenstoffausstoß entnommen werden können. Diese Technologie zur geologischen Entsorgung von Kernkraftabfällen wurde entwickelt, um Kernkraftabfälle zu isolieren und zu verdünnen, so dass sie den weltweiten Vorschriften entsprechen.

Die SuperLAT-Technologie sollte, so Etti-Williams, die Bedenken der Internationalen Atomenergiebehörde und anderer Interessengruppen in Bezug auf Unfälle, Leckagen oder Terrorgefahren bei der Lagerung von Kernkraftabfällen ausräumen. Er rühmt sich, dass Nigeria seine eigenen Uranfabriken haben kann, um seine eigenen und panafrikanischen Entwicklungsbemühungen zu fördern.

Es gibt ein altes Sprichwort, das erstmals 1902 im Puck's Magazine erschien, mit der Botschaft: „Wer sagt, dass es nicht geht, sollte diejenigen nicht unterbrechen, die es tun.“ Nach Ansicht vieler ist es nun höchste Zeit, dass die Neinsager und Überregulierer aufhören, die Fortschritte in der Kernkraft zu unterbrechen.

Und auch in dieser Hinsicht gibt es gute Nachrichten. Nuclear Matters plant eine Online-Veranstaltung mit dem Titel „The Path to Progress: Modernizing the NRC“, die für den 2. Mai geplant ist.

Auf der Veranstaltung wird ein vierköpfiges Gremium unter der Moderation von John Kotek vom Nuclear Energy Institute die Dringlichkeit einer Modernisierung der NRC erörtern, um die Vorteile der Innovation in der Kerntechnik zu erschließen und die Kernkraftindustrie in den USA wiederzubeleben.

Die Anti-Atomkraft-FÖEs (sic) werden wenig zu argumentieren haben, wenn sich diese und andere innovative Kernkraft-Projekte als erfolgreich und sicher erweisen, wenn sie in anderen Ländern – wie England und Nigeria – zum Einsatz kommen. Aber diejenigen, die zuverlässige, sichere und saubere Technologien zur Erzeugung des Stromes in den morgen benötigten Mengen suchen, werden nur dann zufrieden sein, wenn die archaischen Vorschriften so umformuliert werden können, dass sie ihnen entgegenkommen.

This article originally appeared at [Real Clear Energy](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2024/04/19/goofy-greens-and-regulators-threaten-nuclear-revival/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Klimafanatismus siegt gegen Schweizer Demokratie

geschrieben von Chris Frey | 30. April 2024

Fred F. Mueller

Die Schweiz hat es seit kurzem Schwarz auf Weiß: Unser Land, das auf seine direkte Demokratie mit Recht stolz ist, wurde wegen angeblichen Verstoßes gegen die Menschenrechte gleich zweifach verurteilt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wirft der Schweiz vor, sie verletze die Menschenrechte einer kleinen Gruppe von «Klimaseniorinnen». Diese behaupten, als ältere Frauen von einer Klimaerwärmung **mehr** gefährdet zu sein als andere Teile der Bevölkerung. Der Bundesrat, so wird im Urteil gefordert, müsse mehr für den Klimaschutz tun, indem der Ausstoß von CO₂ noch weiter reduziert werde als bisher schon vorgesehen.



Bild 1. Historische [Aufzeichnungen](#) belegen, dass der Große Aletschgletscher ebenso wie viele andere Alpengletscher schon vor vielen Jahrhunderten vielfach vorstießen und sich wieder zurückzogen, ganz ohne menschliche CO₂-Emissionen (Foto: Dirk Beyer, [Creative-Commons-Lizenz](#) „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht [portiert](#)“)

Die übergriffige Anmaßung des EGMR

Der EGMR ist auf der Grundlage einer internationalen Konvention für die Einhaltung der Menschenrechte zuständig. Der entscheidende Punkt ist also zunächst, dass der EGMR sich unter Missachtung seiner eigentlichen Zuständigkeit das Recht zuspricht, den angeblich möglichen «Schutz» des Klimas als Menschenrechtsfall einzustufen und damit einzelne Staaten verurteilen zu dürfen. Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen hat nur einer der Richter in einem Sondervotum protestiert. Er argumentiert, der EGMR missbrauche das Konzept des «Opferstatus», um den Ländern Europas eine neue «Hauptpflicht» aufzuerlegen, nämlich «Maßnahmen zu beschließen,...[welche]...«geeignet sind,...die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen». Dies unter Hinweis darauf, dass es für diese Auffassung in der Europäischen Menschenrechtskonvention, welches die Aufgaben des EGMR definiert, keine Grundlage gibt.

Diese Tendenz, sich eigenmächtig Kompetenzen zuzusprechen, die in den Verträgen nicht enthalten sind, ist für europäische Institutionen typisch. Hier wie in anderen Fällen zeigt sich, dass die Schweiz gut beraten wäre, sich diesen deutlich erkennbaren Tendenzen in allem, was

mit «EU», «EU-Kommission» und «europäische Gerichtsbarkeit» zu tun hat, möglichst nicht auszuliefern.

Der EGMR ignoriert die Wissenschaft

Eines der grundsätzlichen Prinzipien unserer Rechtsprechung lautet, dass bei einem Verfahren auch die Gegenmeinung zu berücksichtigen ist. Dies gilt auch dann, wenn die beklagte Seite selbst eine irriige Auffassung vertritt. Der EGMR hat etwas getan, wovor sich die Rechtsprechung seit hunderten von Jahren sorgsam hütet: Er maßt sich an, eine strittige naturwissenschaftliche Frage per Gerichtsurteil zu entscheiden. Die schandbare Verurteilung von Galileo Galilei, eines der wichtigsten Begründer der neuzeitlichen exakten Naturwissenschaften, hat gezeigt, dass sich Gerichte – weltliche genauso wie die damals dominierenden kirchlichen – aus den Naturwissenschaften heraushalten sollten. Heute fragt man sich erschüttert, wie blind die – damals kirchlich dominierte – Gerichtsbarkeit gegenüber den Erkenntnissen von Geistesgrößen wie Galileo, Kopernikus, Kepler und Giordano Bruno war. Letzterer kam sogar auf den Scheiterhaufen, Galilei wurde jahrelang unter Hausarrest gestellt und erst 1992 (!) rehabilitiert. Seither ist jeder Jurist gut beraten, sich nicht für berufen zu halten, naturwissenschaftliche Fragen qua Urteil zu entscheiden. Die damalige Gelehrtenmehrheit hatte unrecht, die wenigen Aufrechten hatten Recht. Die Juristerei hatte eine Lehre erhalten, an die sich die meisten Richter seither tunlichst hielten.

Das IPCC ist ein politisches und kein wissenschaftliches Gremium

Diese Lehre hat der EGMR ignoriert, indem er die Auffassungen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zur einzig verbindlichen Grundlage der Klimawissenschaften hochstilisierte. Das IPCC ist ein politisches Gremium, das der Beeinflussung durch die Politik der mächtigsten Mitgliedsstaaten unterliegt. Die politische Natur seiner internen Abläufe zeigt sich beispielsweise daran, dass die Schlussfolgerungen der Gremien nicht mit wissenschaftlicher Eindeutigkeit, sondern mit Wahrscheinlichkeiten angegeben werden. Diese Wahrscheinlichkeiten werden nach aktuellen Mehrheiten und nicht nach naturwissenschaftlicher Korrektheit ausgekugelt. Die für die Politik entscheidenden Aussagen des mehr als 4.000 Seiten umfassenden Gesamtwerks werden in den separat erarbeiteten «Zusammenfassungen für Entscheidungsträger» nochmals von politisch motivierten Gruppen in ihrem Sinne beeinflusst.

Die CO₂-Hypothese steht auf wackligen Füßen

Das ganze Konstrukt «Klimawandel allein durch CO₂» ist unter Naturwissenschaftlern erheblich umstritten. Es gibt Tausende namhafte Wissenschaftler, darunter auch eine ganze Reihe von Nobelpreisträgern, die dies bezweifeln. Die Politik und die Medien haben sich allerdings des Themas bemächtigt und schreien jeden nieder, der nicht ihrer Meinung

ist. In Büchern, Zeitschriften, Filmen, in der Schule und sogar schon in den Kindergärten wird uns eingehämmert, dass sich unser Klima katastrophal verändern würde, wenn wir den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre nicht begrenzen. Wer nicht daran glaubt, findet keine Anstellung.

Dabei ist nicht einmal eine akademische Ausbildung erforderlich, um die krassen Widersprüche der «das Klima wird durch das CO₂ gesteuert»-Hypothese zu erkennen. Zahllose historische Aufzeichnungen über Unwetter, Dürren und sonstige Extremwetterereignisse beweisen, dass in den letzten ca. 1.500 Jahren in Europa mehrfach viel extremere Wetterkapriolen vorkamen als die, die uns in den Medien lautstark als «nie dagewesen» präsentiert werden. Geht man noch weiter zurück, dann ist festzustellen, dass unsere Atmosphäre auch bereits mehr als 6.000 ppm CO₂ (statt wie heute ca. 420) enthielt, ohne dass das Leben Schaden nahm. Auch kann die CO₂-Hypothese nicht erklären, warum wir zahlreiche Eiszeiten und Zwischeneiszeiten hatten. Und ebenso wenig kann sie begründen, warum die heutige Sahara noch vor 2.000 Jahren den Römern als fruchtbare Kornkammer dienen konnte. Nicht zu vergessen die zahlreichen alpinen [Gletschervorstösse in historischer Zeit](#). Noch heute finden sich Aufzeichnungen darüber, dass die Kirchen damals Bittprozessionen abhielten, um diese Gefahren abzuwenden.

Der EGMR ist befangen

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist in Klimafragen darüber hinaus befangen, da er den Standpunkt des IPCC trotz klarer Hinweise auf Mängel zur Grundlage seines Urteils gemacht hat. Damit verstößt er eklatant gegen die Pflicht jedes Gerichts, sich im Falle offenkundiger Unstimmigkeiten der Beweisführung auch Gegenmeinungen zu berücksichtigen. Dass der Schweizer Staat selbst der Klimaargumentation des IPCC folgt, spielt hierbei unter juristischen Aspekten keine Rolle. Kein Richter darf einen Unschuldigen verurteilen, selbst wenn dieser sich aus welchen Gründen auch immer selbst eines Vergehens bezichtigt. Normalerweise wäre dies allein schon ein Grund, das Urteil anzufechten. Da der EGMR jedoch keine übergeordnete Instanz hat, können seine Urteile selbst angesichts solch offenkundiger Mängel nicht mehr angefochten werden. Ein Grund mehr für die Schweiz, sich nicht den diversen „unfehlbaren« europäischen Institutionen auszuliefern. Dieses Urteil ist nichts weiter als ein Frontalangriff auf die direkte Schweizer Demokratie, die den machtbesessenen Bürokraten aus Brüssel schon lange ein Dorn im Auge ist.

Dass die Schweiz zu diesen Themen eigenständige demokratische Entscheidungen, sogar gestützt auf Volksentscheide, getroffen hat, ist den Herren im Straßburger Gericht egal: Eine Anwältin, ein Häuflein älterer Damen und die gut gepolsterte Kriegskasse von Greenpeace genügen, um dem Land per EGMR-Urteil eine fremde Sicht der Dinge aufzuzwingen, egal was das Staatsvolk dazu denkt oder will. In Ziffer 560 der Urteilsbegründung wird sogar ausdrücklich erwähnt, dass es einen Volksentscheid gegen die Neufassung des CO₂-Gesetzes gegeben hatte.



Bild 2. Die «[Klimaseniorinnen](#) – hier vor dem EGMR – wurden von Greenpeace aufgebaut, um der Schweiz zu schaden (Foto: [Womenforwiki](#) (wfw), Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International)

Die Lächerlichkeit der Klage

Die sogenannten „Klimaseniorinnen« behaupten, als ältere Frauen vom Klimawandel gesundheitlich besonders betroffen zu sein und verlangen, dass der Schweizer Staat mehr gegen den «Klimawandel“ unternehme als bisher von Regierung und Volk gemeinsam beschlossen.

Das groteske an dieser Angelegenheit ist die Tatsache, dass die Schweiz im internationalen Vergleich in Sachen CO₂-Emissionen geradezu ein Musterknabe ist. Laut Auflistung der [englischsprachigen Wikipedia](#) stösst die Schweiz weniger CO₂ pro Kopf aus als der Weltdurchschnitt und gehört diesbezüglich unter den europäischen Nationen mit deutlichem Abstand zu den sparsamsten. Unter den mehr als 200 in der Wikipedia-Aufstellung aufgeführten Ländern ist die Schweiz mit Rang 75 weit unterhalb fast aller europäischen Industrienationen angesiedelt, **Bild 3**.

CO₂-Emissionen pro Einwohner in Tonnen im Jahr 2022

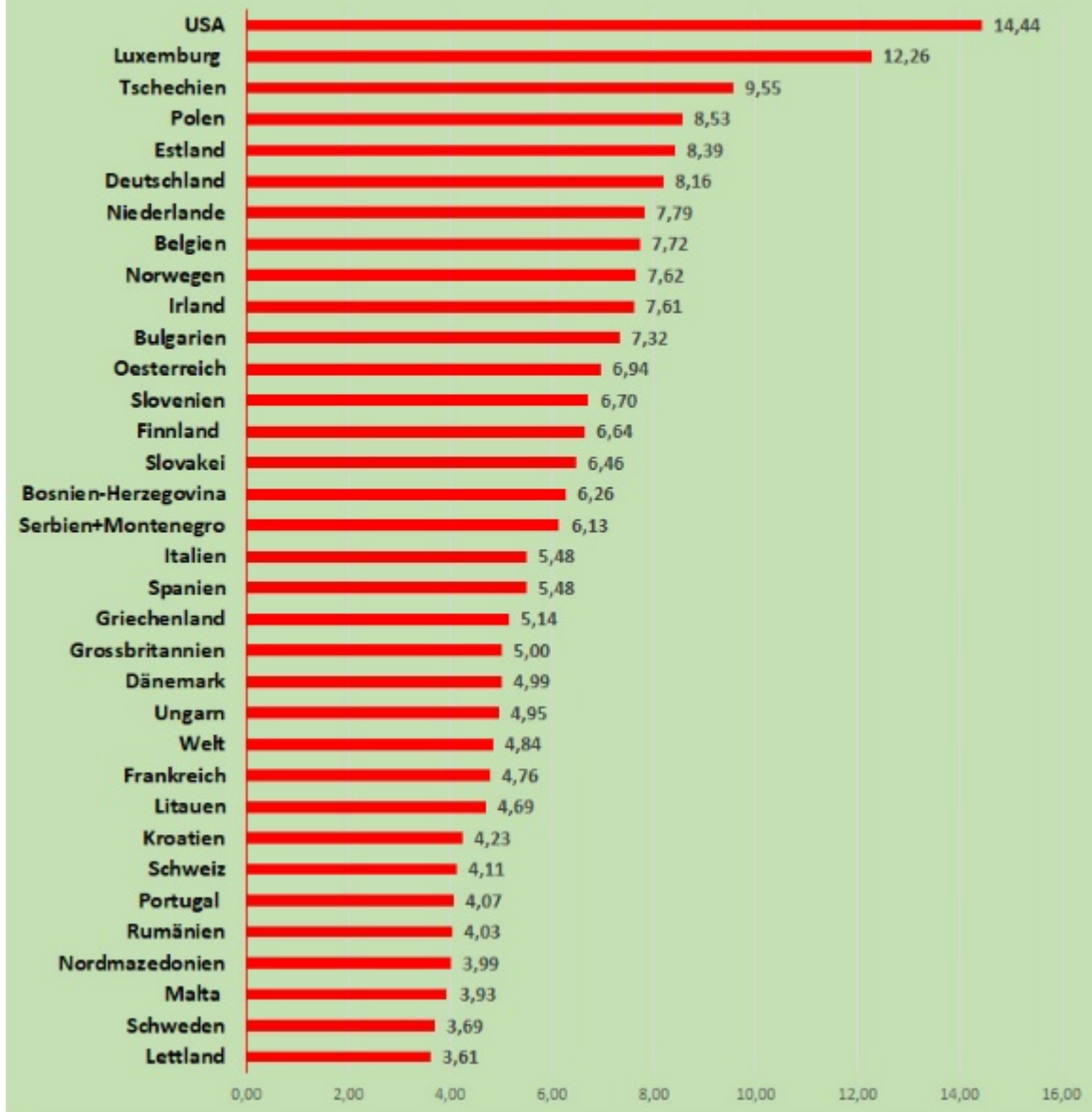


Bild 3. Jährlicher CO₂-Ausstoss pro Kopf in der Schweiz für das Jahr 2022 im Vergleich mit europäischen Ländern sowie den USA (Eigene Grafik mit Daten aus [Wikipedia](#))

Wenn der nach Auskunft des SRF von [Greenpeace extra aus übriggebliebenen alt-68erinnen zusammengestoppelte Verein](#) es mit Klimafragen ernst meinen würde, müsste er sich zunächst einmal damit beschäftigen, wie es den älteren Frauen in den Ländern in Äquatornähe geht. Die Schweiz hat ein ausgesprochen mildes Klima, das höchstens im Tessin moderat mediterran ist. Die Menschheit ist weltweit genetisch recht homogen. Wenn es den älteren Frauen in Indien möglich ist, die dortigen Sommer lebend zu überstehen, sind die «Klimaseniorinnen» ganz bestimmt nicht in der behaupteten Lebensgefahr. Diese Argumentation ist so offenkundig an den

grauen Haaren herbeigezogen, dass klar zu erkennen ist, dass es hier einzig darum geht, die Schweiz international an den Pranger zu stellen.

Gefahr für Demokratie und Wohlstand der Schweiz

Im täglichen Leben zeigt sich immer wieder die tiefe Wahrheit des Spruchs von Schiller, dass auch «der Frömmste nicht in Frieden bleiben» kann, «wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt». Die Schweiz hat durch ihre direkte Demokratie von ihren Altvorderen ein politisches Erbe erhalten, um das uns unsere Nachbarn reihum beneiden. Auch haben wir dank der intelligenten Kombination von Wasserkraft und Kernenergie einen Energiemix, der uns einen hohen Wohlstand bei zugleich weitgehender Autarkie ermöglicht. Selbst mit Blick auf die aktuelle Klimabewegtheit rundherum sind wir im Prinzip ein Musterknabe. Das Ausland sieht das mit Neid und Missgunst und möchte uns auf Biegen oder Brechen der Zwängerei der Brüsseler EU-Behörden unterwerfen. Und nach jahrelanger Vorbereitung hat man jetzt einen neuen Hebel gefunden, uns der Brüsseler Willkür zu unterwerfen. Dazu genügen: Der winzige Greenpeace-Verein, eine aktivistische Anwältin und das unerschöpfliche Geldsäckel der «Klima»-Bewegung.

Wie macht man ein störrisches Land fertig?

Schon Cäsar hat vorgemacht, wie man die reichen, aber untereinander uneinigen Gallier – zu denen auch unsere helvetischen oder argovischen Vorfahren gehörten – übertölpeln konnte. Dazu suchte er sich unter den zerstrittenen Stämmen Bundesgenossen und kam diesen dann bei den unausweichlichen Streitfällen mit der Übermacht seiner Legionen «zu Hilfe». Die Folge waren Elend und Sklaverei für die Besiegten.

Heute funktioniert das immer noch, wenn auch das Schwert durch die Juristerei ersetzt wurde. Wichtig ist, dass man in einem Land eine kleine, fanatische Gruppe als Verbündete gewinnen kann. Mit diesem Hebel kann man anschließend das Land insgesamt einkassieren. Schauen wir uns doch einmal die inländischen Akteure an, die in einem weiteren [Beitrag des SRF](#) vorgestellt wurden.

Die Advokatin

Da ist zum einen die Anwältin Cordelia Bähr, zu der folgendes geschrieben wird: «Mit 20 begann sie sich für Klima und Umweltprobleme zu interessieren». Und dabei sei ihr «die riesige Diskrepanz aufgefallen», sagt Cordelia Bähr: «Die große Kluft zwischen dem, was aus ihrer Sicht getan werden müsste, und dem, was effektiv getan werde». «Das hat mich immer angetrieben.» Wenn sie ein Problem sehe, dann mache sie etwas dagegen. «Ich kann nicht einfach die Ohren und Augen verschließen und das ignorieren und weiterleben wie vorher.»

Man beachte: Laut dieser Aussage interessiert sich die Anwältin nicht dafür, was der Rest der Bürger ihres Landes weiss oder möchte. Sie will vielmehr unbedingt das durchsetzen, was sie selbst für richtig hält. Demokratische Mehrheitsmeinungen sind für eine solche Mentalität eher hinderlich. Angesichts einer solchen Denkweise könnte einem fast das hässliche Wort «Fanatismus» in den Sinn kommen. Arm scheint sie dadurch auch nicht geworden zu sein.

Die vorgeschobenen «Aktivistinnen»

Zu den von ihr vertretenen «Klimaseniorinnen» weiß der Artikel folgendes zu berichten: «Manche der Seniorinnen, die sie vertritt, sind doppelt so alt wie Cordelia Bähr, haben in der 68er-Bewegung politisiert und sind seit Jahren als Aktivistinnen unterwegs. Trotz dieser Gegensätze: Die Sache verbinde sie. «Ich habe selten so engagierte Frauen erlebt, die wirklich mit Herzblut für ihr Recht kämpfen», sagt die Klimaanwältin. Und: «Das Kämpferische verbindet uns, ja.»

Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass es sich hier um Personen handelt, die offenkundig bereit sind, ihre Heimat vom Ausland aus in die Knie zwingen zu lassen. Es geht ihnen nur um ihre ganz persönlichen Vorstellungen, wenn sie vom Bundesrat fordern, er müsse «mehr für den Klimaschutz tun und das Leben von Seniorinnen besser schützen, denn ältere Frauen würden unter Hitzewellen besonders leiden».

Auch hier wird danach getrachtet, einen vermeintlichen persönlichen Vorteil ohne Rücksicht auf die demokratische Mehrheit der Bevölkerung und Belange des Landes durchzusetzen. Diese Damen sind in Wirklichkeit Feinde der Demokratie. Zur Demokratie gehört nämlich, dass man zwar streiten kann und soll, aber einmal mit Mehrheit getroffene Entscheidungen dann auch für alle gelten. Holt der Verlierer sich stattdessen «ausländische Legionen» zu Hilfe, dann haben wir nicht Demokratie, sondern Anarchie und verlieren unsere nationale Souveränität.

Die Nachteile für unser Land

Die großen Nachbarn der Schweiz und deren oberste EU-Behörde in Brüssel streben seit Jahren danach, der Schweiz ihre Vorstellungen aufzuzwingen. In Deutschland gilt beispielsweise seit Jahren als eiserne Regel, dass Gesetze aus dem europäischen Parlament ohne Abstriche übernommen werden müssen. Auch die Neutralität der Schweiz und ihre Handhabung der Zuwanderung sind der EU zuwider. Wenn wir dem nachgeben, können wir uns von unserer direkten Demokratie verabschieden. Ausländische Großkonzerne würden uns daraufhin mit ihren Waren und Dienstleistungen rücksichtslos in Grund und Boden konkurrieren.

Gerade weil unsere CO₂-Bilanz dem Rest Europas weit voraus ist, sind wir nach dem EGMR-Urteil jetzt im Nachteil. Je tiefer man unten steht, desto schwieriger wird es nämlich, nochmals große Reduktionen zu erreichen.

Deutschland lag 2022 bei 8,16 t CO₂/Kopf und Jahr, die Schweiz bereits bei 4,11. Die aktuellen großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands liegen vor allem daran, dass man dort schon jetzt zu drastischen Maßnahmen greifen muss, um den Ausstoß noch weiter zu drücken. Das Land ist bereits in einer Rezession, weil nach Stilllegung von Kern- und Kohlekraftwerken die Energiepreise immer weiter explodieren. Uns droht bei Umsetzung der Forderungen des Klimadamenklubs ähnliches: Wir haben keinerlei Veranlassung, uns über das Urteil des EGMR zu freuen, im Gegenteil. Wir sollten uns besser ein Beispiel an Großbritannien nehmen, wo daran gearbeitet wird, die EGMR-Urteile künftig [nicht mehr zu akzeptieren](#).

Vielleicht sollten wir den «Klimaseniorinnen» und ihren Mitstreiter*Innen raten, einmal für ein halbes Jahr mit dem Lebensstil vorlieb zu nehmen, der in Ländern mit «vorbildlich tiefem» CO₂-Ausstoss geboten wird. Beispiele gefällig? Demokratische Republik Kongo (0,04 tCO₂/Kopf und Jahr), Niger (0,1) oder Afghanistan (0,14).

Fred F. Mueller

Die gute Story von den Kamelen, von der die Klimaangst-Erzeuger nicht reden

geschrieben von Chris Frey | 30. April 2024

Vijay Jayaraj

Seit Jahrhunderten sind diesomalischen Hirten auf Kamele angewiesen, um sich zu ernähren, zu transportieren und ihren sozialen Status zu wahren. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Kamelzucht zu einem sehr profitablen Geschäft entwickelt, welches das Leben vieler Somalier verändert hat.

Die Mainstream-Medien wollen uns jedoch mit Bildern von trockenem Land glauben machen, dass dieses florierende Unternehmen durch den vom Menschen verursachten Klimawandel bedroht ist.

Kamelzucht am Horn von Afrika und die Angstmacherei der Medien

Kamele, die auch als „Wüstenschiffe“ bezeichnet werden, sind bemerkenswerte Tiere, die perfekt an die trockenen, windgepeitschten Landschaften der trockenen und halbtrockenen Regionen auf der ganzen

Welt angepasst sind.

Im trockenen Tiefland Ostafrikas – von den sandigen Weiten Somalias und des Sudans bis zu den zerklüfteten Landschaften Äthiopiens, über die pulsierenden Ebenen Kenias und in die trostlose Schönheit Dschibuti – werden diese majestätischen Tiere mit Sorgfalt gepflegt, und ihre Anwesenheit ist ein Zeugnis der langen [Tradition](#) der Kamelzucht in diesen Ländern.

Mehr als 35 % des Viehbestands in Somalia sind Kamele, und mehr als 50 % der Bevölkerung sind von den Einnahmen aus diesem Sektor abhängig, der die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts des Landes ausmacht. Kamele sind der wichtigste Viehexportartikel Somalias. In der Region Benadir wird geschätzt, dass „31,2 Prozent der Haushalte einmal pro Woche Kamelfleisch verzehren, während 68,8 Prozent der Haushalte einmal im Monat Kamelfleisch konsumieren.“

Selbst im Nachbarland Äthiopien ist das Kamel in einigen Regionen die wirtschaftlich [wichtigste](#) Nutztierart.

Angesichts der Bedeutung der Kamele für diese Gemeinschaften und der häufigen Dürreperioden in der Region können Weltuntergangsgeschichten mit Bildern von ausgetrockneten Landschaften ein wirksames Mittel sein, um Ängste vor dem Klimawandel zu schüren. Ein TRT [World-Nachrichtenbericht](#) mit dem Titel „Just2Degrees: How Climate Change Affects Global Security“ (Wie der Klimawandel die globale Sicherheit beeinflusst) behauptete, dass die Erwärmung die somalische Hirtengemeinschaft und ihre Fähigkeit, Kamele gewinnbringend zu züchten, zerstöre.

Doch die Realität sieht ganz anders aus.

Realität: Boom in der Zucht von Kamelen

Die Kamelpopulationen in Somalia sind in den letzten Jahrzehnten sprunghaft gestiegen, was auf die idealen Zuchtbedingungen und den wachsenden wirtschaftlichen Anreiz für die Landwirte durch den Verkauf von Kamelfleisch und -milch zurückzuführen ist. Die Kamelpopulation hat sich zwischen 1961 und 2020 in den nördlichen und westlichen Teilen Afrikas (Algerien, Tunesien, Südmarokko als ehemalige Westsahara, Mauretanien, Burkina Faso) und am Horn von Afrika (Sudan, Äthiopien, Somalia) [verdoppelt](#).

In Mali, Niger, Tschad, Nigeria, Kenia und Dschibuti ist der Bestand seit 1963 um das Zwölfwache gestiegen. Die Wissenschaftler glauben auch, dass „trotz einer wahrscheinlichen Unterschätzung der weltweiten Kamelpopulation (die auf etwa 40 Millionen Tiere im Jahr 2020 geschätzt wird), ihr Wachstum höher ist als bei anderen Pflanzen fressenden Nutztieren“.

Krankheiten und Inzucht sind tatsächliche Herausforderungen

Die Auswirkungen der Dürre in der Region wurden übertrieben dargestellt. Wiederkehrende Dürren sind seit langem ein häufiges **Problem** in afrikanischen Weideländern. Die katastrophale äthiopische Hungersnot von 1888 bis 1892 kostete jeden dritten Äthiopier das Leben – eine dunkle Zeit, die als „kifu qan“ oder „böse Tage“ bekannt ist.

Krankheiten und schlechte Zuchtmethoden sind die wahren Herausforderungen für die Kamelzucht. In einer Umfrage gaben 92 Prozent der Hirten in der somalischen Region Benadir an, dass Kamelkrankheiten das größte **Hindernis** für die Produktion darstellen.

Wissenschaftler, die die genetische Vielfalt der Kamelpopulation in Somalia analysiert haben, **weisen** darauf hin, dass „die genetische Verbesserung der Kamele zu einer höheren Produktion und Produktivität führen wird, einschließlich der Entwicklung von Rassen für spezielle Zwecke (Fleisch, Milch und Leder)“. Eine größere genetische Vielfalt kann das Krankheitsrisiko verringern und die Produktion verbessern.

Lassen Sie uns also die Dinge richtig stellen: Nachrichtenberichte, wonach der Klimawandel der Kamelzucht schadet, sind Panikmache, welche die Auswirkungen des Wetters übertreiben und die wirklichen Probleme dieser wichtigen Branche ignorieren. Im Großen und Ganzen geht es Afrikas Höckertieren gut, und mit verbessertem Management wird es ihnen wahrscheinlich noch besser gehen.

This commentary was first published at [BizPac Review](#) on April 23, 2024.

[Vijay Jayaraj](#) is a Research Associate at the [CO2 Coalition](#), Arlington, Virginia. He holds a master's degree in environmental sciences from the University of East Anglia, U.K.

Link:

<https://co2coalition.org/2024/04/23/the-good-camel-story-that-climate-fearmongers-dont-tell/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Nobelpreisträger warnt vor

Weltklimarat (IPCC): Klimaschau 188

geschrieben von AR Göhring | 30. April 2024

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende. Thema der 188. Ausgabe: John F. Clauser spricht Klartext zum Klimawandel

Ford hat in einem Quartal 1,3 Milliarden Dollar verloren, ein Verlust von 132.000 Dollar für jedes verkaufte EV

geschrieben von Chris Frey | 30. April 2024

Jo Nova

Ist noch erinnerlich, dass Ford 38.000 Dollar bei jedem EV verloren hat? Das waren die guten alten Zeiten.

Der größte Star in der Welt der Automobilindustrie ist derzeit ein schwarzes Loch, das ganze Industrieriesen verschluckt. Es gibt wohl kaum einen schnelleren Weg, ganze Nationen zu sabotieren, als seine Spione als Akademiker und Umweltschützer zu tarnen. Dann bringen Sie sie dazu, die Regierung davon zu überzeugen, einen völlig neuen Markt in einem hochtechnologischen Bereich mit dem Zauberstab der Gesetzgebung ins Leben zu rufen.

Diese Zahlen sind astronomisch:

Ford hat gerade einen massiven Verlust für jedes verkaufte Elektrofahrzeug gemeldet

Von Chris Isodore, CNN: Die Elektrofahrzeugeinheit von Ford meldete, dass die Verluste im ersten Quartal auf 1,3 Milliarden Dollar oder 132.000 Dollar für jedes der 10.000 Fahrzeuge in die Höhe geschwellt sind, die in den ersten drei Monaten des Jahres verkauft wurden, was dazu beigetragen hat, die Gewinne des Unternehmens insgesamt zu drücken.

Wie die meisten Autohersteller hat auch Ford angekündigt, in den kommenden Jahren von herkömmlichen gasbetriebenen Fahrzeugen auf E-

Fahrzeuge umzusteigen. Aber es ist der einzige traditionelle Autohersteller, der die Ergebnisse seiner EV-Verkäufe im Einzelhandel veröffentlicht.

Wir können uns nur fragen, was bei anderen Unternehmen passiert.

Die EV-Abteilung von Ford hat im ersten Quartal dieses Jahres 10.000 Fahrzeuge verkauft, das sind 20 % weniger als vor einem Jahr. So schlecht ist es. Eigentlich ist es sogar noch schlimmer. Diese Autos wurden auch mit Preisnachlässen verkauft. Die Einnahmen sind also größtenteils über den Ereignishorizont hinausgegangen – und um erstaunliche 84 % gesunken.

Ford rechnet für das Gesamtjahr mit Verlusten in der Größenordnung von 5 Milliarden Dollar. Die Ziele des Unternehmens sind so niedrig gesteckt, dass es nur hofft, die Autos eines Tages zu einem Preis zu verkaufen, der vielleicht die Herstellungskosten deckt. Die Millionen, die für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, können sie in absehbarer Zeit nicht decken. Sogar die Deckung der Kosten auf einem Markt mit Preiskampf wird als „sehr schwierig“ bezeichnet.

Zwei Tage zuvor hatte der IEA-Chef noch erklärt, die EV-Revolution sei in vollem Gange:

CNN-Leser müssen verwirrt sein.

Die Elektroauto-Revolution ist auf Kurs, sagt die IEA

[CNN] Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der weltweite Absatz von Elektrofahrzeugen in diesem Jahr um mehr als ein Fünftel auf 17 Millionen Fahrzeuge steigen, angetrieben von Fahrern in China.

In einem Bericht vom Dienstag prognostizierte die IEA, dass die „steigende Nachfrage“ nach Elektrofahrzeugen in den nächsten zehn Jahren „die globale Autoindustrie umgestalten und den Ölverbrauch im Straßenverkehr erheblich reduzieren wird“.

Der globale Markt für Elektroautos wird also von „Fahrern in China“ angetrieben, wie vielleicht diese Fahrer, die ihre nagelneuen Elektroautos auf Feldern in China verrotten ließen. Das wären dann imaginäre Fahrer?



Chinesische EV's verrotten auf einem Feld

Die Propaganda nimmt kein Ende.

Wie Stephen Wilmot letztes Jahr im Wall Street Journal [sagte](#), würde Ford seinen bereinigten Betriebsgewinn um 50 % steigern, falls es die EV-Sparte einfach abschaffen würde. Das winkt doch sicher...

Dank an Marc [Morano](#) [@ClimateDepot](#) für den Hinweis.

Link:

<https://joannenova.com.au/2024/04/ford-lost-1-3-billion-in-a-quarter-a-loss-of-132000-on-every-ev-sold/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE